

Steuerliche Rahmenbedingungen für Importe verbessern

Logistikunternehmen aus Deutschland sind gut aufgestellt, wenn es um die Einfuhr von Waren außerhalb der Europäischen Union in den heimischen Markt geht. Doch eine steuerliche Regelung benachteiligt den Standort. Nachbarländer wie die Niederlande und Österreich ermöglichen eine Verrechnung von Einfuhrumsatzsteuer und Vorsteuer. Unternehmen sind dadurch liquider. Insgesamt führt dies dazu, dass ihr Standort für Importeure und Logistiker im direkten Vergleich attraktiver ist. Aus Sicht des BGA und vieler weiterer Verbände ist diese Situation inzwischen unhaltbar. Der BGA setzt sich seit Jahren für eine Änderung in Deutschland ein und sieht nun politisch ein Zeitfenster, die Standortbedingungen für Importe steuerlich zu verbessern.

Deutsche Unternehmen werden durch gezieltes Marketing abgeworben

Ländern wie die Niederlande und Österreich nutzen bereits seit den 2000er Jahren die im Rahmen der Harmonisierung der europäischen Mehrwertsteuerregelungen geschaffene Möglichkeit, die Einfuhrumsatzsteuer mit der Vorsteuer zeitlich in Einklang zu bringen. Unternehmen, die Waren beispielsweise über die Niederlande aus Drittstaaten in die EU einführen und dann nach Deutschland weiterliefern, können dies liquiditätsverbessernd nutzen. Teilweise werden deutsche Unternehmen mit diesem Modell gezielt abgeworben. Bei einer Einfuhr über den See- und Luftweg nach Deutschland bleibt Unternehmen dieser Liquiditätsvorteil verwehrt. Sie müssen die Einfuhrumsatzsteuer hier abführen und warten, dass sie diese als Vorsteuer wieder zurück-erhalten.

Diese seit Jahren bestehende Situation ist ein unhaltbarer Zustand, den der BGA immer wieder zu ändern gefordert hat. Dabei findet dieses Ziel auch die Unterstützung weiterer Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft aus Industrie, Handwerk, Einzelhandel, Banken und Versicherungen gemeinsamen Vorschlägen zum Bürokratieabbau vom Februar 2016. Doch die Finanzverwaltung hat den Handlungsbedarf über Jahre negiert. Nach einem Gespräch auf Einladung des Bundesministeriums der Finanzen in Berlin Ende Juni 2018, zeigt sich die Finanzverwaltung nun aufgeschlossener. Anlass ist, dass die Große Koalition von CDU, CSU, SPD im Koalitionsvertrag eine Optimierung des Erhe-

bungs- und Erstattungsverfahrens der Einfuhrumsatzsteuer in Kooperation mit den Bundesländern in Aussicht gestellt hat. Auch hat zwischenzeitlich eine interdisziplinäre Bundesländer-Arbeitsgruppe einen Bericht mit dem Titel „Optimierung des Erhebungsverfahrens der Einfuhrumsatzsteuer“ vorgelegt, der verschiedene Optionen darunter gerade auch einer Verrechnung beinhaltet.

Handlungsbedarf über Jahre ausgeblendet

Die deutsche Wirtschaft unterstützt in großer Breite und einvernehmlich das Ziel, eine Verrechnungsmöglichkeit von Einfuhrumsatzsteuer und Vorsteuer zu schaffen. Der BGA hat dies in einem Schreiben gemeinsam mit sieben weiteren Spitzenverbänden der gewerblichen Wirtschaft am 8. August 2018 an das Bundesfinanzministerium unterstrichen und die Vorteile für Unternehmen und Finanzverwaltung durch eine solche Lösung hervorgehoben. Darüber hinaus hat eine Verbändeinitiative, der der BGA neben 25 weiteren Verbänden aus den Sektoren Logistik und Spedition, See- und Flughäfen ebenfalls angehört, das Gespräch im Bundesfinanzministerium ebenfalls positiv gewürdigt und sich für die Verrechnungsmöglichkeit von Einfuhrumsatzsteuer und Vorsteuer ausgesprochen.

Die Verbände appellieren unisono, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Verrechnung zu schaffen und umzusetzen. Deutschland muss seine Wettbewerbsfähigkeit erhalten und stärken. Dazu muss Deutschland als Logistik- und Handelsdrehscheibe attraktive Rahmenbedingungen bieten,

die die Abwicklung von Importen in Deutschland einfacher machen.

[Michael Alber]

BGA AKTUELL

Deutsch-russische Dialogbereitschaft ist ein positives Signal

„Das wirtschaftspolitische Umfeld ist für den deutsch-russischen Handel jüngst noch schwieriger geworden. Umso mehr begrüßen wir den bilateralen Dialog, der auf den verschiedenen Ebenen in den vergangenen Monaten stattgefunden hat. Denn nur im Dialog und einem Aufeinanderzugehen können die politischen Rahmenbedingungen wieder verbessert werden.“ Dies erklärt BGA-Präsident Dr. Holger Bingmann, anlässlich des bevorstehenden Gesprächs zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin.

„Dabei gehen Sicherheit und Stabilität mit einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung Hand in Hand. Dies muss auch ganz im Sinne der russischen Wirtschaft sein, denn von dem angekündigten Aufholprozess ist bislang nicht viel zu sehen. Russland ist für Deutschland wirtschaftlich wie politisch, und darüber hinaus, ein wichtiger Partner, auf den wir nicht verzichten können – und auch nicht wollen. Viele Fragen von internationaler Bedeutung können wir gemeinsam und in enger Abstimmung besser voranbringen“, so Bingmann abschließend.

📌 BGA-Pressemitteilung vom 17. August 2018

BGA zum BIP: Konflikte nehmen zu – Geschäfte nicht ab

„Der Konjunkturboom in Deutschland ist ein Phänomen: Die Konflikte um uns herum nehmen zu, aber die Geschäfte trotzdem nicht ab. Seit 2005 entwickelt sich nun die deutsche Wirtschaft – mit Ausnahme der schweren Finanzmarktkrise 2008/2009 – aufwärts und dies trotz aller Hemmnisse und Unsicherheiten. Erfreulich ist, dass die Unternehmen bislang alle Klippen und Untiefen klug umschiffen, ihre Geschäfte weiter diversifizieren und umsichtig planen. Hierbei könnten sie mehr Rückendeckung durch die

Politik, etwa bei der Unternehmensbesteuerung, gut gebrauchen.“ Dies erklärt BGA-Präsident Dr. Holger Bingmann anlässlich der heute vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden veröffentlichten Wachstumswahlen.

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft fällt im Vergleich zum Vorquartal im zweiten Quartal 2018 um 0,5 Prozent höher aus. Wachstumsmotoren waren insbesondere der starke Binnenkonsum sowie die höheren Investitionen der öffentlichen Hand und der Unternehmen.

„Keinesfalls dürfen wir uns jedoch in Sicherheit wiegen, denn die guten Zahlen von heute sind nicht automatisch die von morgen – gerade angesichts des derzeitigen internationalen Umfeldes. Die Entwicklung kann abrupt abreißen, wenn Streitigkeiten und Handelskonflikte eskalieren. Die Große Koalition wäre gut beraten, dies bei ihren kostentreibenden Plänen zu berücksichtigen. Protektionismus und Nationalismus sind derzeit die größten Gefahren für den Wohlstand – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Wir brauchen daher ein starkes Europa, das für regelbasierten Freihandel und Stabilität eintritt“, so Bingmann abschließend.

📌 BGA-Pressemitteilung vom 14. August 2018

STEUERN

Unverhältnismäßige Belastungen bei Energieerzeugnissen und Branntwein abwenden

Unternehmen, die Energie- und Alkoholerzeugnisse handeln, laufen ein hohes Risiko, bei Fehlern in der administrativen Handhabung mit hohen Sanktionen belastet zu werden. In Unterstützung der betroffenen Branchen hat sich der BGA gemeinsam mit weiteren Spitzenverbänden der gewerblichen Wirtschaft in einem Schreiben an das Bundesministerium der Finanzen für ein Gespräch zwischen Finanzverwaltung und Wirtschaft zur Problematik einer Doppelbesteuerung bei verbrauchsteuerpflichtigen Erzeugnissen eingesetzt. Die Verbände haben die Finanzverwaltung gebeten, eine anwendbare Entlastungsregelung für Lieferungen von Energie- und Alkoholerzeugnissen in andere EU-Mitgliedstaaten sowie in ein Drittland gesetzlich auf den Weg zu bringen. Dies soll für den Fall gelten, dass Fehler im Steueraussetzungsverfahren aufgetreten sind, die nach

bisheriger nationaler Auffassung zur Steuerentstehung führen, die Erzeugnisse aber weiterhin der steuerlichen Überwachung unterliegen. Auch sollen Antrags- und Festsetzungsfrist für verbrauchsteuerrechtliche Entlastungsregelungen in Übereinstimmung gebracht werden. Darüber hinaus wollen die Verbände zu administrativen Fragen den Dialog weiter fortführen, um eventuellen weiteren Handlungsbedarf zu identifizieren.

[Michael Alber]

FINANZIERUNG

Gute Finanzierungssituation im Großhandel

Der Groß- und Außenhandel weist die mit Abstand günstigste Finanzierungssituation im Vergleich der Wirtschaftszweige auf. Dies ist das Ergebnis der Umfrage zur Unternehmensfinanzierung der KfW und führender Wirtschaftsverbände wie dem BGA vom Frühjahr 2018. 65 Prozent der befragten Groß- und Außenhändler gaben an, dass das Finanzierungsklima günstig sei und nur vier Prozent schwierig. Allerdings zeigt die Umfrage auch Schattenseiten: Nicht alle Kreditverhandlungen konnten erfolgreich abgeschlossen werden und die Sorgen über eine nachlassende wirtschaftliche Entwicklung sind im Groß- und Außenhandel am ausgeprägtesten. An der Erhebung nahmen insgesamt 2.200 Unternehmen teil.

Im Rating – der Bewertung eines Kreditnehmers – schneidet der Großhandel erneut gut ab. Die Bonitätsbeurteilungen haben sich in allen Wirtschaftszweigen verbessert. Etwas mehr als zwei von drei Unternehmen gaben an, dass ihr Rating gleich geblieben sei, bei jedem vierten Unternehmen hat es sich verbessert und nur bei jedem 13. verschlechtert.

Diese gute Position dürfte auch darin begründet sein, dass die Unternehmen seit der Diskussion um die Eigenkapitalquoten in den 2000er Jahren deutliche Anstrengungen unternommen haben, um ihr Eigenkapital zu verbessern. Nach Einschätzung der KfW ist dadurch entsprechend die Bedeutung der Eigenkapitalquote als Engpassfaktor beim Kreditzugang zurückgegangen.

Auf Grund der gestiegenen Eigenfinanzierungskraft hat sich die Abhängigkeit von Bankkrediten etwas gelockert. Aller-


dings bleibt diese wichtigste externe Finanzierungsquelle, auch gerade im Großhandel. Nach dem Verarbeitenden Gewerbe (60 Prozent) führten am häufigsten Unternehmen des Groß- und Außenhandels (59 Prozent) Verhandlungen über Kredite. Vergleichsweise am seltensten fragten Dienstleister Kredite nach (45 Prozent).

Im Unterschied zu den anderen Wirtschaftszweigen standen für 42 Prozent der Befragten dabei Betriebsmittelkredite an erster Stelle. Es folgen Investitionen in Grundstücke, Gebäude und für Baukosten mit 41 Prozent der Befragten. Aber auch die Finanzierung des Warenlagers hat, ähnlich wie beim Einzelhandel, im Vergleich der Wirtschaftszweige besonders starkes Gewicht. Fast jedes vierte Unternehmen führte hierüber Kreditverhandlungen, im verarbeitenden Gewerbe war es nur jedes Zehnte und im Bau sogar nur weniger als jedes dreißigste. Für Maschinen, Anlagen, Fahrzeuge, Einrichtungen führte nur etwas mehr als jeder vierte Unternehmer Kreditverhandlungen, im Verarbeitenden Gewerbe und Bau dagegen mehr als jedes zweite.

Von den geführten Kreditverhandlungen verlaufen neun von zehn erfolgreich. Damit sind mehr Verhandlungen erfolgreich als im Vorjahr. Die Unterschiede nach den Kreditlaufzeiten – kurz-, mittel-, langfristig – sind dabei gering. Allerdings fällt der Handel (Groß- und Außenhandel sowie Einzelhandel auf Grund geringer Fallzahlen zusammengefasst) im Vergleich der Wirtschaftsstufen zurück. Besonders gilt dies für langfristige Kredite. Rund 18 Prozent der Verhandlungen über langfristige Kredite scheitern, bei mittelfristigen sind es rund 13 Prozent und bei kurzfristigen 14 Prozent.

Erstmals wurde in der Umfrage nach Hemmnissen gefragt, die die weitere Geschäftstätigkeit zu beeinträchtigen drohen. Zentral aus Sicht aller Unternehmen ist der Fachkräftemangel (80 Prozent), gefolgt von Sorgen um die konjunkturelle Entwicklung, allerdings mit deutlichem Abstand (52 Prozent). Der Fachkräftemangel ist auch im Groß- und Außenhandel mit 68 Prozent die drängendste Sorge, aber im Vergleich der Branchen deutlich unterdurchschnittlich. Dafür wiegt die Sorge um ein Nachlassen der konjunkturellen Entwicklung mit Abstand (63 Prozent) am schwersten. Ein wichtiger Aspekt hierfür dürfte die hohe Integration in die globalen Wertschöpfungsketten sein. Im Groß- und Außen-

handel werden das Verschleppung von Reformen in der EU, Protektionismus, geopolitische bzw. politische Krisen im Ausland und ungünstige Wechselkurse sowie Handelsanktionen gegenüber ausländischen Partnern im Vergleich der Wirtschaftszweige relativ hohes Gewicht bei den Hemmnissen eingeräumt.

 Quelle: KfW-Unternehmensfinanzierung 2018

[Michael Alber]

VERKEHR

500 Mio. EUR für den emissionsarmen Schienenverkehr

Der Bund fördert den emissionsarmen Schienenverkehr mit 500 Mio. EUR. Mit den Mitteln sollen Eisenbahn-Verkehrsunternehmen von 2018 bis 2022 unterstützt werden, wenn sie ihre Effizienz beim Stromverbrauch verbessern und dadurch Emissionen senken. Die Fördermittel kommen aus dem Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“. Erst unlängst genehmigte die EU-Kommission das Förderprogramm. Voraussetzung für die Förderung ist eine prozentuale Verbesserung der Energieeffizienz beim sogenannten Traktionsstromverbrauch gegenüber dem Vorjahr. Dies könne erreicht werden zum Beispiel durch Investitionen in Hybrid-Lokomotiven oder Maßnahmen zur Automatisierung oder Digitalisierung. Gefördert werden beispielsweise die Anschaffung modernisierter oder neuer effizienterer Fahrzeuge oder Fahrzeugtechnik zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Einsparung von CO₂.

[Meike Tilsner]

Oberleitungs-Lkw: Teststrecke auf der A5 wird noch 2018 eröffnet

Auf der A5 zwischen Frankfurt und Darmstadt wird die erste deutsche Teststrecke für E-Lastwagen mit Oberleitung bis November 2018 fertiggestellt. Mit der Anlage kann unter realen Bedingungen getestet werden, wie sich zum Beispiel der Oberleitungs-Hybrid-Lkw im Zusammenspiel mit den anderen Verkehrsteilnehmern in den Verkehr integrieren. Der Bund fördert das Projekt in Hessen mit 14,6 Mio. EUR. Die elektrisch oder teilweise elektrisch betriebenen LKW

sollen einen erheblichen Beitrag zur Minderung von CO₂ und Feinstaub leisten. Die Teststrecke hat pro Fahrtrichtung eine Länge von rund fünf Kilometern. Der Feldversuch soll Anfang 2019 beginnen. Nach Einschätzung von Experten werden die Lastwagen durch das Aufladen während der Fahrt etwa 10 bis 15 km weiter fahren können. Zwei weitere Teststrecken entstehen auf der Autobahn 1 bei Lübeck und auf einer Bundesstraße in Baden-Württemberg. [Meike Tilsner]

Zitat der Woche

»Dieser Handelskrieg verlangsam und zerstört Wirtschaftswachstum und produziert neue Unsicherheiten.«

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier kritisiert die US-Wirtschaftspolitik

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.
Telefon: 030 590099-50
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg,
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 29. August 2018
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich